

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 3.00 einschließl. des Quart. Unterhaltungsblattes in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Reichs oder der Provinzen oder der Gebietskörperschaften — hat der Herausgeber keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Zahlung des Bezugspreises.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterstützengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 20 Bg., auswärts 25 Bg. Im Restamteil die Zeile 50 Bg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Bg. — Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Fernsprecher Nr. 110.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Nr. 183.

Sonntag, den 10. August

1919.

Nachstehende auch für Sachsen gültige Verordnung des Reichswehrministers wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, den 6. August 1919.

877 III Kr. 1 B

8613

Wirtschaftsministerium.

Abteilung für Handel und Gewerbe.

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 270/7. 19. R. R. U.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1292), auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 12. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1304) und auf Grund des Erlasses der Reichsregierung, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 26. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die von den Kriegsministerien und den Militärbefehlshabern erlassene, den Betroffenen namentlich zugestellte Verfügung Nr. Ch. I. 205/6. 16. R. R. U., betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht von Retortengraphit vom September 1916 wird hiermit aufgehoben.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 21. Juli 1919 in Kraft.

Berlin, den 21. Juli 1919.

Der Reichswehrminister.

Im Auftrage Hedler.

Pflichtfeuerwehr betreffend.

Am Dienstag, den 12. August 1919, abds. 1/2 8 Uhr findet eine Pflichtfeuerwehrausübung statt. Sämtliche Mannschaften der Pflichtfeuerwehr (Jahrgänge 1890—1899) haben sich unter Anlegen ihrer Feuerwehrabzeichen pünktlich vor der **Selektenschule, Bachstraße 1**, einzufinden.

Unpünktliches Erscheinen sowie unentschuldigter Veräumnisse werden bestraft. Entschuldigungen sind nur in der Reichskanzlei mündlich oder schriftlich ausreichend begründet anzubringen. Die Oberführung sowie die Führer sind angewiesen, keine Entschuldigungen anzunehmen. **Abwesenheit vom Orte** gilt nur dann als Entschuldigungsgrund, wenn der Nachweis einwandfrei erbracht wird, daß die Entfernung vom Orte **unaufschiebbar** war.

Eibenstock, den 8. August 1919.

Der Stadtrat.

Zur Auszahlung kommen

- Mittwoch, 13. August, vorm. Reichsfamilienunterstützung.**
 - Freitag, 15. August, vorm. 8—9 Uhr Unterstützung** an Eltern und unehel. Kinder gefallener Soldaten, **vorm. 9—10 Uhr Zusatzunterstützung** an Empfänger von Renten aus der Arbeiterversicherung, **vorm. 10—11 Uhr Rentenbeihilfen** an Kriegerswitwen und Kriegerswaisen.
 - Dienstag, 26. August, vorm. Zusatzunterstützung.**
- Eibenstock, am 9. August 1919. Der Stadtrat.

Die letzte Woche.

Die neue deutsche Verfassung ist nach ihrer endgültigen Annahme durch die Nationalversammlung in Weimar Reichsgesetz. Sie soll also auch von allen Deutschen geachtet und geehrt werden. Die Flaggenhissung auf den amtlichen Gebäuden war eine äußere Form, es wird sich nun darum handeln, praktisch zu beweisen, ob das deutsche Volk sich in allen seinen Teilen zu dieser freiesten Verfassung, die die Arbeit als Ideal hinstellt, auch durch die Tat bekennt. Die Probe auf das Exempel muß jetzt geleistet werden in der großen Tagesfrage der Kohlenversorgung, die nicht durch Kommissionen und die Hoffnung auf einen milden Winter zu lösen ist. Kommissionen haben wir seit Jahr und Tag genug, aber große Dinge für das praktische Leben sind von ihnen nur wenig bisher verrichtet worden. Der Kohlenmangel besteht heute schon, er wird verstärkt zur Not durch die Anforderungen der Entente. Es wird beraten, wie die Produktion verstärkt werden soll. Was soll da ein langes Beraten, wo der einfache Weg der Tat durch tätige Arbeit klar vor uns liegt. Die Ernteschwierigkeiten sind zum großen Teil überwunden, also muß auch die Kohlennot behoben werden, und das kann sie, wenn kein höherer Wille hindert.

Die Entente hat zugestanden, daß unter Umständen die Okkupation des linken Rheinuferes früher als in 15 Jahren enden kann und daß die Verpflegungskosten für ihre Truppen, die Deutschland zu zahlen hat, 240 Millionen nicht übersteigen sollen. Das ist der erste Hoffnungsweg für die Zukunft. Aber wichtiger ist, daß man in Versailles in der Gegenwart menschlich ist, von seinen übertriebenen Forderungen in dem Kohlen und in der Rüstung absteht. Und daß die Behandlung der besetzten Gebiete nicht nur den Worten nach eine gerechte sein soll, daß die Versuche unterbleiben, die Bevölkerung für eine Loslösung des Rheinlandes von Deutschland zu beeinflussen. Da wird von unserer Seite noch viel Energie aufgewendet werden müssen. Und noch mehr im Osten. Denn die „polnische Volksseele“ äußert sich sehr rauh. Die Abschließung eines deutschen Flugzeuges wird als kein rühmlicher Beweis der polnischen Kultur bezeichnet werden.

In Weimar hat jetzt die Nationalversammlung mit der Fertigstellung der großen Steuerentwürfe begonnen. Das Geld, das sie verlangen, muß geschafft werden, aber die praktischen technischen Schwierigkeiten dieses Riesensteuerbuletts werden sich erst bei der Feststellung der Einzelheiten ergeben. Schließlich steht der Pflicht zum Steuerzahlen doch ein Recht zum Leben gegenüber. Wenn alles sich nach einem bestimmten Schema ordnen ließe, so wäre die Vermögensflucht nie so groß und so verlustreich für das Reich geworden, wie es tat-

sächlich der Fall ist. Dazu kommt, daß die Bekanntgabe unserer Steuerprojekte die Franzosen mit immer höheren Milliarden-Entschädigungen jonglieren läßt. Sie verstreuen sich mit ihren Andeutungen ins Ungemessene, aber sind noch immer nicht dazu gekommen, für die Freilassung unserer Gefangenen einen bindenden Termin festzusetzen.

Die Schweiz, England, Amerika waren Schrupplage von großen Arbeiterstreiks, während sich in Italien die Eisenbahnarbeiter bereit erklärt haben, eine Stunde länger zu arbeiten, um die industrielle Arbeit zu fördern. Dieses Beispiel verdient gewiß Nachahmung, ob sie selbst in Italien kommen wird, ist allerdings etwas anderes. Auch dort ist das Streikfever größer, wie die Lust zur Tätigkeit. Die Ratifizierung des Friedensvertrages im feindlichen Auslande sollte nach Zeitungsmeldungen beschleunigt werden, aber abgesehen von Belgien merkt man noch nichts von Talsachen. In Paris und in Rom stehen sehr lange Debatten zu erwarten, und in Washington hält der Senat an seiner Forderung nach Abänderung der Bestimmungen über den Völkerbund fest. England hat, wie s. St. mitgeteilt, bereits im Juli ratifiziert.

Ein Hauptereignis der Woche bildete der Zusammenbruch der bolschewistischen Regierung in Budapest, das von den rumänischen Truppen besetzt ist. Die sonst so stolzen Magyaren haben sie als Befreier begrüßt, nachdem die ersten Kommunistenführer entflohen waren. Andere, die nicht mehr entkommen konnten, sind abgeurteilt und aufgehängt. Der Schaden, den die gestürzte Wirtschaft angerichtet hat, ist außerordentlich groß, allein 7 Millionen wertlose Banknoten sind gedruckt worden. Hoffentlich rafft sich Ungarn so weit auf, um seine deutschen Staatsgläubiger zu befriedigen. So bald wird das freilich nicht geschehen können, denn die Entente läßt auch dem ungarischen Staate wenig Lust zum Leben. Was mit den Bolschewisten in Rußland wird, ist noch nicht abzusehen. Mögen sie sich wirklich militärisch ihrer Gegner erwehren, finanziell muß man schließlich in Moskau doch eintreten. Denn der Rubel hat kaum noch realen Wert. Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die neue Verfassung. Die Verkündigung der Verfassung soll diesen Sonnabend stattfinden. Sie tritt dann sofort in Kraft. An Stelle des Staatenausschusses tritt dann sofort der Reichsrat. Nach der Verfassung soll die Nationalversammlung als Reichstag weiter bestehen bleiben. Man hat es jedoch unterlassen, für den Staatenausschuß eine ähnliche Bestimmung einzufügen, so daß dieser mit dem Tage des Inkrafttretens der neuen Verfassung aufhört zu bestehen. Daher muß

ein Reichsrat zusammengesetzt werden. Das dürfte aber immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen. Es könnten dann in der Zeit, in der es keine Staatenausschuß mehr gibt, der Reichsrat aber noch nicht zusammengesetzt ist, keine neuen Gesetze bei der Nationalversammlung mehr eingebracht werden, da diese sämtlich erst dem Staatenausschuß, nach dem Inkrafttreten der Verfassung dem Reichsrat vorgelegt werden müssen. Man glaubt nun einen Ausweg dadurch gefunden zu haben, daß die neuen Gesetze, die unbedingt in Kürze erledigt werden sollen, noch in diesen Tagen eingebracht werden, damit sie dem Staatenausschuß vorgelegt werden können.

Deutschland braucht ein stärkeres Heer! In Weimar finden zur Stunde Verhandlungen innerhalb des Kabinetts statt, die sich mit der Frage der Herabsetzung der Heeresstärke befassen. Wie verlautet, will das Kabinett die Entente ersuchen, auf der Verminderung auf 200.000 Mann nicht zu bestehen, weil damit die Ruhe und Ordnung sich nicht aufrechterhalten lasse. Die Entlassung der großen Mannschaftebestände sei ohne innere Schwierigkeiten nicht durchzuführen. Das Kabinett erhofft, die Entente in mündlichen Verhandlungen von der Notwendigkeit eines stärkeren Heeres zu überzeugen.

Michaelis, Hindenburg, Ludendorff und Helfferich gegen Erzberger. Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis veröffentlicht in Befristung und näherer Ausführung seiner ersten Erklärung vom 26. Juli nach Besprechung mit den Vertretern der früheren Obersten Heeresleitung und dem Staatsminister Dr. Helfferich und in Gemeinschaft mit diesen eine Darstellung zum Nachweise, daß England, entgegen der „Wahrheitswidrigen“ Enthüllung des Reichsministers Erzberger im Sommer 1917 zum Frieden nicht bereit war. Es heißt darin: „Die Aktion des neutralen Vertrauensmannes ist durch diese Dinge in keiner Weise eingengt oder erschwert worden. Sie führte jedoch schließlich zu einem negativen Ergebnis; es stellte sich heraus, daß auf der von der deutschen politischen Leitung umschriebenen Grundlage, die durchaus der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 entsprach, bei der britischen Regierung keinerlei Geneigtheit zu Friedensverhandlungen bestand. Daraus ergab sich, daß der Kardinal-Staatssekretär und der apostolische Nuntius in München der Mitteilung des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan eine dieser Mitteilung nicht zukommende Bedeutung beigelegt hatten.“ Michaelis weist auf Grund dieser Feststellung die gegen ihn, die Oberste Heeresleitung und Dr. Helfferich erhobenen Vorwürfe zurück und spricht zuletzt mit den genannten Herren, die sämtlich an der diplomatischen Aktion in keiner Weise beteiligt gewesen, die Überzeugung aus, daß die Herbeiführung einer Neu-